

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

ersch. wöchentlich am Samstag.  
Einzelpreis vierteljährlich 600 Mk.  
Jahrespreis 2400 Mk. (nur gegen Voreinsendung des Betrags).

Verantwortlicher Schriftleiter: Erik Sumner  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Albrechtstr. 16.  
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 6808.

Anzeigengebühr für die sechsgepaltene Kolonelle oder deren Raum 600 Mk. Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.  
Eingetragen in die Reichsdruck-Zeitungsliste unter Nr. 5047 a.

### Mobilisierung für den Frieden

In unserer vorigen Nummer wurde kurz von den Verhandlungen des Haager Friedenskongresses berichtet. Ein dermaßen gedrängter Bericht wird diesem ersten Versuch der Gewerkschaften, die Friedensstreitkräfte zu mobilisieren, nicht ganz gerecht. Es bleibt noch manches zu dieser Bewegung und ihrer Weiterentwicklung zu sagen, zumal ihr Gelingen eine Lebensfrage für die Arbeiterklasse ist.

Bislang verstand man unter Mobilisierung nichts anderes, als die Überführung auf den Kriegsfuß; wenn sie verkündet wurde, begann die Wirtschafsmaschine sich zu bewegen, die Trommel zu wirbeln, die Kanone zu rollen, Menschen zu wehklagen, fing es mit der Vertreibung von Frauen und Menschen an, kurz, es ging der Krieg los. Der Mobilisierung der Streitkräfte des Nordes und der Vertreibung mit der Mobilisierung der Streitkräfte des Friedens, für die Erhaltung von Gut und Leben zu begegnen, dazu ist es nie gekommen. Nach den Gründen dieser Unterlassung braucht nicht lange gesucht zu werden. An der Vorbereitung zum Kriege wurde unablässig gearbeitet, die Sache des Friedens aber wurde dem Himmel überlassen. Nicht daß es an Friedensbetreibungen und Verdamnung des Krieges gefehlt hätte. Zu mehr als zu billigen Worten hat es aber selten gekehrt. Und selbst dies Wort war oft von Feindseligkeit getragen. Man denke nur an die zwei Friedenskonferenzen, die das Manifest des letzten Zaren hervorgerufen, die beide von den Militärs und Diplomaten vieler Staaten nur benutzt wurden, in Friedensherrschaft zu machen.

Zu wohlklingendem Gegensatz zu der Friedensherrschaft der Regierungen stand die Bestrebung der sozialistischen Arbeiterklasse. Unzählige Male hat sie ihren eifrigen Friedenswillen beteuert wie ihren Abscheu über den Krieg ausgebrüllt. Indessen, zu viel mehr hat es auch bei ihr nicht gekehrt. Der Übergang vom Wort zur Tat ist ihr nicht gelangt, sei es, weil es ihr an der nötigen Kraft gebrach, sei es, weil sie die Gefahr nicht brennend genug hielt. Auf die letzte Annahme scheint unter anderem die verhältnismäßige Teilnahmslosigkeit der Gewerkschaften an der Bewegung gegen Militarismus und Krieg hinzuweisen. Sie hielten dafür, daß die Bekämpfung dieser beiden Geißeln der politischen Bewegung zu überlassen sei, die gewerkschaftliche sich auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Sozialgesetzgebung zu beschränken habe. Diese Auffassung, einft scharf verfochten, kann heute als allgemein aufgegeben betrachtet werden.

Dieser Gesinnungswandel ist nichts als die logische Folge einer mit teurem Lehrgeld bezahlten Erfahrung. Die Hauptaufgabe der Gewerkschaften ist freilich nach wie vor die wirtschaftliche Hebung der Arbeiterklasse. Aber gerade weil dies so ist und so bleiben soll und gerade um diese Aufgabe ungehindert und vollständig erfüllen zu können, muß Vorkehrung getroffen werden, daß das staatliche Leben nicht durch Fanfanenstöße beunruhigt, der Wirtschaftsgang nicht durch Krieg und seine Schrecken gestört, daß der Säbel nicht Gelegenheit erhält, die politischen Freiheiten zuzuschneiden, die Arbeiterschaft nicht durch Massenmord geschwächt, die Kapitalistenklasse nicht durch die Möglichkeit, das Vaterland in Gefahr zu brandstücken, an Macht gestärkt wird. Dies alles war natürlich den Gewerkschaften längst bekannt, aber doch nicht in dem Maße, um sie zu einer regelrechten Aktion gegen Militarismus und Krieg zu bestimmen. Wie unrichtig, wie schädlich diese Untätigkeit gerade dem gewerkschaftlichen Standpunkt aus war, ist dem Gewerkschaftler seit 1914 unversehentlich eingeleuchtet worden. Er wird durch jedes Soldatengrab, jede Kriegswitwe, jede Kriegswaise, durch verwüstete Provinzen, unerträgliche Steuerlast, weltweite Arbeitslosigkeit, namenlose Verelendung und durch einen rücksichtslos ausgeübten Nachtgewinn der Unternehmerklasse daran erinnert, daß der Krieg gegen den Krieg eine der ersten Vorbedingungen für den Erfolg des gewerkschaftlichen Strebens ist.

Die Erkenntnis schnellstens zu betätigen, haben sich die Gewerkschaften sehr angelegen sein lassen. Allerwärts ist der Krieg gegen den Krieg in das gewerkschaftliche Pflichtenheft aufgenommen worden. Sämtliche seit dem Waffenstillstand stattgehabten internationalen Gewerkschaftskonferenzen haben sich mit der Sicherung des Friedens beschäftigt. Es wurde beschlossen, die Fertigung von Kriegsmaterial zu verweigern, außerdem der Generallstreik im Kriegsfall angekündigt. Aber mit alledem ist noch keine genügende Sicherheit gegen die Wiederentfesselung des Höllebrandes geschaffen. Bedenkend mehr muß geschähen. Der Kampf für den Frieden muß ebenso gründlich vorbereitet werden, wie der Krieg vorbereitet wird, was, als ersten Schritt, die Zusammenfassung aller Friedensstreitkräfte heißt.

Die Vereinigung aller pazifistischen Kräfte sollte der jetzige Kongress im Haag vollziehen. Man

kann sagen, daß er diese Aufgabe gut erfüllt hat. Denn einen sehr ansehnlichen Teil der 600 Köpfe zählenden Teilnehmerchaft machten die bürgerlichen Friedensfreunde aus. Mit ihrem Eifer, das große Werk der Menschlichkeit zu vollbringen, blieben sie nicht hinter den Sozialisten und Gewerkschaftlern zurück. Die Zulassung von bürgerlichen Leuten zu einer proletarischen Tagung mag hier und da als Sünde gegen den Parteigeist angesehen werden. Dabei braucht man sich nicht aufzuhalten. Die vielen Bürgerlichen, die in England, Amerika und anderswo lieber jahrelang ins Gefängnis gingen, als Militärdienst zu tun, sind gewiß des Vertrauens nicht unwürdig.

Der Kongress sollte, wie gesagt, alle willigen Kräfte bürgerlicher und proletarischer Herkunft vereinen und die so vereinte Macht aus dem Reiche des Redens und des Beschlüssens auf die Bahn der Tat, die allein zählt, bringen. Zu diesem Behufe waren fünf Vorträge vorgesehen, die sich mit den Kriegsurachen (wirtschaftliche Gegensätze, militärische Rüstung, kapitalistische Beutekunst, Geheimdiplomatie und Erziehung) beschäftigten, als auch ihre Beseitigung durch Umwandlung der jetzigen Produktionsweise, Abrüstung, Ausbau des Völkerverbandes, Stärkung der Demokratie und Ausbreitung pazifistischen Geistes behandelten. Die Vorträge waren sicher überaus sachkundig und einflussvoll. Inbesseren, etwas spärlich Neues enthielten sie nicht, konnten sie auch nicht enthalten in Anbetracht der reichen Fülle von Gedanken und Beweisgründen, die schon längst gegen die Geißel der Völker vorgebracht worden sind. Angesichts dessen muß sich heute ein Kongress, will er sich nicht in Wiederholungen ergehen, zu praktischen Mitteln der Kriegsverhütung kommen. Entschlossene, wohlorganisierte, die Hande Schlagbereitschaft der Friedensstreitkräfte ist unerlässlich, sollte der menschenverderbende Bestie die Möglichkeit des Mordens unterbunden werden. Alles andere ist mehr Beiwert. Und die Tat darf sich nicht bloß gegen einen früher oder später möglichen Krieg richten, sondern sie hat sich gleich gegen die zur jetzigen Stunde vorhandenen Konfliktmöglichkeiten zu wenden.

Leider hat der Kongress die Lösung des Problems mit praktischen Mitteln nicht unternommen, noch hat einer der Referenten eine solche Lösung mit gebührender Gründlichkeit behandelt. Nur zwei Redner, Adler (Wiener Arbeitgemeinschaft) und Kadel (Rote Gewerkschaftsinternationale) haben der Frage praktische Gestalt zu geben versucht. Dies hat indes nicht zu einer Weiterung in der nachfolgenden Aussprache oder in den Entschlüssen geführt. Für die Erörterung der praktischen Abwehrmittel war, so muß es einem scheinen, dieser erste Kongress vielleicht auch nicht recht geeignet. Die Veranstalter mögen für diese Sache den Aktionsausschuß als die päpstlichere Stelle halten, der, wie es in einer der Entschlüssen heißt, unter der Oberleitung des internationalen Bundesvorstandes die Vorbereitung der endgültigen Aktion zu treffen hat. Dieser Ausschuß besteht nun seit Jahr und Tag. Wie weit er seine Aufgabe, die Aktion vorzubereiten, erfüllt, wissen wir nicht; aber das wissen wir, daß bei verschiedenen Begebenheiten, es sei nur an den griechisch-türkischen Feldzug erinnert, die Gewerkschaftler vielerorts von ihm ein Lebenszeichen, um nicht zu sagen eine Aktion erwartet haben. Es ist nicht anzunehmen, daß der Ausschuß bloß ein papiernes Dasein führt. Von so gewerkschaftlichen Praktikern, wie sie zu Amsterdam im Bundesvorstand sitzen und die sich auf eine wohlorganisierte Armee von zwei Duzend Millionen stützen können, muß bestimmt angenommen werden, daß sie wissen, daß die Abwehr des Krieges anders, wirksamer betrieben werden muß, als es die Internationale Brüsseler Angedenkens tat. Deren Schicksal mahnt eindringlich genug.

Offenbar war es den Einberufern des ersten Friedenskongresses mehr um die geistige, als um die technische Mobilisierung der Streitkräfte zu tun. In diesem Betracht ist er auch erfolgreich gewesen. Denn wie immer man sein Ergebnis bewerten mag, daß er mächtig zur Schärfung des Weltbewußtseins beigetragen hat, ist nicht zu bestreiten. Die Ausbreitung pazifistischen Geistes ist nicht weniger wichtig, wie die kriegsabwehrende Tat. Freilich muß jener von dieser begleitet sein, soll das höchste Ziel der Menschlichkeit erreicht werden. Der erste Schritt auf dem Wege zur Friedenssicherung ist gemacht. Seine geschichtliche Bedeutung kann nicht hoch genug veranschlagt werden; sie wird noch vielfach höher sein, wenn mit den nächsten Schritten nicht gezögert wird. Diese Schritte heißen: Geistige und technische Vollendung der Schlagbereitschaft der Friedensstreitkräfte und deren entschlossene Anwendung gegenaktuelle Konfliktsmöglichkeiten wie gegen den Krieg selbst.

### Eine neue Enzyklika

Von Wilhelm Häugen

Der Papst Pius XI. hat eine Enzyklika „Ubi arcano Dei“ in die Welt gesandt, die in manchen Ausführungen auch für die Gewerkschaften beachtlich ist. Die Enzyklika fällt vor allem durch den Gegensatz auf, der darin liegt, daß sie lang und breit erst eine große Flüßigkeit verdrät, mit der sie den vielen schweren Abeln der Zeit gegenübersteht, worauf dann aber doch große Worte losgelassen werden: die Kirche hat allein die Macht, der Welt das Heil zu bringen, sie hat auch allein das „Mandat“ dazu. Wenn der Kirche gefolgt wird, dann ist alles gut bestellt! Und so weiter im Text noch bekannter gar nicht neuer Melodie.

Die Enzyklika streicht die Friedensarbeit der Kirche heraus, sie erinnert sich der „unaussprechlichen Leiden der Völker, hingemäht vom Hunger und von jeder Art von Elend“. Es läßt im Dunkel, daß es doch von Christentum und Kirchentum tiefende Regierungen waren, die den ungeheuren Völkerverbrand entfesselten und trotz aller Leiden ihrer Christlichen „Untertanen“ die langen Jahre fortführten. Das Schreiben des Papstes erwähnt auch die Lage nach dem Krieg:

„Die Menschen, die sozialen Klassen, die Völker haben noch nicht nach dem schrecklichen Kriege den wahren Frieden gefunden, und darum genießen sie auch noch nicht jene tätige und fruchtbringende Ruhe in der Ordnung, die das Verlangen und das Sehnen aller ist.“

Es heißt, daß die Wirklichkeit und die Tragweite eines so großen Übels zu erkennen und deren Ursachen zu erforschen, das erste und notwendigste für den sei, der mit Aussicht auf Erfolg die Mittel studieren wolle, um das Übel zu bekämpfen und zu beseitigen. Dies ist richtig. Der Papst sagt, daß er es als seine Pflicht ansehe, diese Mittel zu studieren. Seine Aussicht auf Erfolg können wir aber nicht teilen, denn die erörterten Mittel sind die schon erwähnten alten Wege der Kirche, die der Welt doch in zweitausend Jahren das Heil nicht gebracht haben. Und die Enzyklika stellt ja auch wieder fest, daß man nach dem formellen Abschluß des Friedens vergebens gehofft und geharrt hat:

„Wir hoffen auf Frieden, und es kam nichts Gutes, auf die Welt der Ordnung und der Ruhe, die wir haben und die wir haben wollen, und siehe da: Hunger, Epidemien, Verwüstungen, die unzählige Opfer hinwähren, hauptsächlich unter den Alten, hilflosen Frauen und ungeschuligten Kindern. Man kann wohl sagen, auf dem Schaulager des ungeheuren Weltkrieges dauert der Widerstreit fort, wenn auch verschleiert in den Mächten der Politik, beschönigt in dem Auf und Nieder der Finanzen, zur Schau getragen in Büchern, Zeitungen und Broschüren jeder Art, nicht verbunden und schlecht verknüpft in den Gedanken, die an und für sich so natürlich ruhig und friedlich sind.“

Diese Übel werden noch weiter lang und breit beklagt, ohne daß doch auf ihre Ursachen hingewiesen wird, die wesentlich wirtschaftlicher Natur sind. Die Ursachen sind die kapitalistische Wirtschaftsform und die Gegensätze unter den herrschenden Kapitalistengruppen. Die auf der Ausbeutung fremder Arbeit durch den Mehrwert begründete kapitalistische Wirtschaftsordnung kann ja den Frieden und die Ordnung gar nicht bringen, den die arbeitende Menschheit ersehnt, denn sie ist ja das Verhängnis einer wirtschaftlich verflachten Volksschicht, der von den Arbeitsmitteln losgelösten Arbeiter voraus. Ohne diese Beschlaffung wäre die kapitalistische Ausbeutung mit all ihren Folgen und Bewidlungen gar nicht möglich, weil ihr der Gegenstand, das Mittel fehlte. Frieden und Ordnung können daher der arbeitenden Menschheit auch nur durch die Überwindung des Kapitalismus, durch die Fortbildung der Ausbeutungswirtschaft zum Sozialismus kommen. Das ist aber nicht die Auffassung des Papstes und seiner neuen Enzyklika, die der Lösung der sozialen Frage durch die Überwindung der Klassen-gesellschaft wieder verständnislos gegenübersteht. Es heißt weiter in der päpstlichen Offenbarung:

„Ein anderes und noch bedauerlicheres Übel ist die Zerfugung der sozialen Verbindung, bedroht und erschüttert nicht nur äußerlich von den Feinden in Waffen, sondern mehr noch innerlich von den Menschen und den Umkleparteiern. Es tritt da hervor der Klassenkampf, die alte und tödliche Krankheit der Gesellschaft, gleichsam ein nagender Wurm, der alle lebendigen Kräfte zerstört: die Arbeit, die Industrie, die Kunst, den Handel, den Ackerbau, alles, was zum Wohlfahrt und zum öffentlichen und privaten Glück beiträgt. Und der Kampf erscheint schlimmer, während man äreitet auf der einen Seite mit unerfülltem Verlangen nach materiellen Gütern, auf der anderen diese mit Hautnächtigkeit festhalten, ferner zwischen den untergebenen und den leitenden Klassen um das gemeinsame Verlangen, zu genießen und zu befehlen. Daher die häufigen Unterbrechungen der Arbeit auf der einen Seite und auf der anderen provoziert, die Revolutionen und die Aufstände, die Rückwirkungen und Unterdrückungen, die Ungleichheit aller in der gegenseitigen Beleidigung und in dem gemeinsamen Schaden.“

Obwohl in diesen Sätzen wohl absichtlich nicht Hof und Raum genannt werden und einigermaßen im Dunkel bleibt, wohin sie zielen, geht man doch wohl nicht fehl in der Annahme, daß sie weit mehr gegen die Arbeiter gerichtet sein sollen als gegen das kapitalistische Unternehmertum. Soweit der Klassenkampf ein Übel ist — indem er Kraft verzehrt — muß doch bei einer gerechten Würdigung vor allem beachtet werden, was Ursache ist und was Wirkung: der Klassenkampf der Arbeiter, wie er auch in der Gewerkschaftsarbeit (einschließlich der zentralistischen Gewerkschaften!) wirksam wird, ist ja immer nur die Folge, die Abwehr der Unterdrückung, der Ausbeutung, der Verelendung und Beschlaffung der Arbeiterklasse durch das

ausbeutende Kapital. Man kann wegen dieser wichtigen Unterscheidung den Klassenkampf nicht schlechthin und allgemein beurteilen...

An das alte Bischofswort, das „Recht bleiben“ soll, mer es ist, gemahnt die Gegenüberstellung des unerfülllichen Verlangens nach materiellen Gütern...

Es ist ja in den letzten Jahren bei jenen Leuten, die sich ein alleiniges, ererbtes und unverlierbares Recht auf einen unerfülllichen materiellen Lebensgenuss anmaßten...

Und zudem: wenn wir nicht irren, soll der Zukunftsstaat mit jenen „Wesfeln auf die Sterne“ bei der Kirche immer noch Kurdwort behalten...

Die Engelskita diktiert sich dann weiter den einzigen und unfehlbaren Weg der Eigenschaften zu, die nötig seien, gegen den Materialismus anzukämpfen...

Drohender Zusammenbruch der Krankenversicherung

Der Höchstbetrag des Krankengeldes, der, berechnet nach dem Grundlohn von 500 M., gezahlt werden konnte, betrug 375 M. täglich...

So erstaunlich nun die Erhöhung des Grundlohns an sich ist, so bringt die schon oben erwähnte Verordnung auch einen erheblichen Nachteil für die Versicherten...

Es ist ohne weiteres klar, daß die Krankenkassen Einnahmen erleiden müssen, wenn sie bei der jeweiligen Erhöhung der Grundlöhne gehalten sind...

Was die Technik Neues bringt

Von Dipl.-Ing. R. Kneeg (Schloß ver.)

Eine neue Turbinenlokomotive. — Sechsen der Flugzeug-Propeller. — Der Kampf zwischen den Selbstschmelzmaschinen und den Selbstschmelzmaschinen. — Die Erzeugung von Wasserstoff.

Seit fast 100 Jahren hat sich die Bauart der Dampfmaschinen in ihren Hauptteilen eigentlich nur wenig geändert. Obwohl man bei der Überwindung der Reibung beträchtlich vorwärt ist...

Das Verhältnis zwischen Krankenkassen und Ärzten wird immer gespannter, weil die Ärzte auf Drängen ihrer Spitzenorganisation, des Leipziger Verbandes, mit immer höheren Geldforderungen an die Kassen herantreten...

Auch die Kosten für die Arzneien sind gewaltig gestiegen und belasten die Kassen schwer. Nach den Feststellungen des Reichsgesundheitsamtes beträgt der Durchschnittspreis eines Rezeptes nach der Arzneitaxe vom 20. November d. J. 186 M. gegen nur 1 M. in der gleichen Zeit 1913...

Die Ärzte behaupten stets, ihre Einnahmen aus der Kassenpraxis, das heißt die Aufwendungen der Kassen für die Sachleistungen hätten nicht Schritt gehalten mit den Vorleistungen. Allein, jeder Eingeweihte weiß, daß das Kostenverhältnis der Vorleistungen zu den Sachleistungen sich zugunsten der letzteren bedeutend verschoben hat...

Die Krankenkassen sind am Ende ihrer Kraft, weil sie an die Vorschriften der Gesetze gebunden sind. Es ist ein Unfinn, daß die Ärzte, Apotheker und andere Interessenten über die Kassenmittel verfügen...

An die Vorstandsmitglieder der Betriebskrankenkassen!

Der allseitige Streit zwischen Orts- und Betriebskrankenkassen ist noch keineswegs begraben, jedoch wollen wir uns heute mit dieser grundsätzlichen Frage nicht beschäftigen. Es sei nur darauf hingewiesen, daß der Einfluß der Versicherten — also der Arbeitnehmer — bei den Verwaltungsgremien der Orts- und Betriebskrankenkassen in Bezug auf die Anzahl der Sitze der gleiche ist...

Schlemmerlöhne junger Arbeiter

Aus Hamburg wird uns geschrieben: Arbeitgeber behaupten mit ihrem Hauptblatt, die deutsche Arbeiter-Zeitung, daß jugendliche Arbeiter übermäßig viel zu viel verdienen. Selbstverständlich bringt man für diese Behauptungen auch Beweise...

Da man diese Erzählungen als Beweis nicht anerkennen kann, wollen wir es einmal darlegen, wie die Verdienste der jugendlichen Arbeiter in der Wirklichkeit sind. Nehmen wir beispielsweise einen jugendlichen Arbeiter unter 15 Jahren, der auf der Wulfaanwerst in Hamburg beschäftigt ist...

Ein jugendlicher Werftarbeiter der Wulfaanwerst Hamburg im Alter von 19 bis 20 Jahren verdient in Afford 77 M. und 117 v. S. gleich 167 M. die Stunde oder 8016 M. die Woche...

Es ist wohl nicht notwendig, diese Rechnung noch dahin zu ergänzen, daß man die Ausgaben eines jungen Mannes hinzusetzt. Würde man diese Ausgaben auf das mindestzulässige Maß rechnen, so würde immerhin in allen vorliegenden Fällen ein Nettobetrag zu verzeichnen sein...

Die Arbeiter-Zeitung im letzteren Falle zutrifft, ein noch junger Arbeiter verheiratet ist, so wird er mit den von uns genannten Lohnsätzen, die auf den Werken tatsächlich gezahlt werden, doch nicht in der Lage sein, auch nur die allernotwendigsten Lebensbedürfnisse zu befriedigen...

Unterstützungserhöhungen für Wochenhilfe

Durch die noch immer anhaltende Geldentwertung und der damit verbundenen Preissteigerung mußten die erst im September 1922 festgesetzten Unterstützungssätze für Wochenhilfe und Wochenfürsorge aufs neue erheblich erhöht werden...

Für selbstversicherte Mitglieder der Krankenkassen wird als Beitrag für die Entbindungskosten 2000 M. (statt bisher 500 M.), als Wochengeld für die Dauer von 10 Wochen pro Tag 60 M. (statt 15 M.) und Stützgeld je Tag 150 M. (statt 30 M.) gezahlt...

In der Wochenfürsorge, das ist für minderbemittelte Wöchnerinnen, die selbst nicht versichert sind und auch der Ehemann oder der Vater nicht versichert ist, werden die gleichen Unterstützungssätze wie für nicht selbst versicherte Familienmitglieder von Versicherten bezahlt...

Diese Neuordnung ist am 19. Dezember 1922 in Kraft getreten. Für Entbindungsfälle, die vor dem 19. Dezember 1922 eingetreten sind, ist das Wochen- oder Stützgeld für den Rest der Schwangerschaft nach den neuen Sätzen zu zahlen.

Zentrale Dampflokomotive von 20 und selbst 25 v. S. erreicht werden. Die erste Turbinenlokomotive, mit der zurzeit noch Versuchsfahrten ausgeführt werden, wurde von dem bekannten Turbinenkonstrukteur Joellig...

Oberrittschell, Chef einer amerikanischen Fliegenabteilung, hat kürzlich den Vorschlag gemacht, indem er bei einem Fluge eine Geschwindigkeit von 360 km je Stunde erreicht, habe sich nicht scheuen, daß bald Geschwindigkeiten von 550 km und noch von 1000 km von fünf Jahren...

auf 550 km erhöhen, falls das Gewicht des Apparats auf 1 kg je Pferdekraftleistung (anstelle von 2,55 kg) herabgemindert würde, und sogar auf 700 km durch Anwendung von Flügeln mit veränderlicher Fläche...

Von einem guten Geldschatz verlangt man, daß er Feuer- und einbruchsfest ist. Während nun die allernächsten Ausfahrungen genügend Sicherheit gegen Feuergefahr bieten, ist doch, wie die Erfahrungen lehren, die Sicherheit gegen Einbruch, selbst bei Verwendung elektrischer Alarmvorrichtungen, nicht immer eine vollkommene...

# Achtstundentag in Frankreich

## Löhne in der Metallindustrie

Nachdem der Krieg der Völker beendet, hat der Krieg der Klassen begonnen. Die Unternehmerklasse hat allerwärts der Arbeiterklasse den Krieg erklärt. Das Unternehmertum streift um Befreiung des Achtstundentages und Verringerung des Lohnes. Der kapitalistische Heerbann ist dort am erfolgreichsten, wo das Proletariat durch wirtschaftliche Widrigkeiten gehemmt oder seine gewerkschaftlichen Machtpositionen nicht ausgebaut oder zerstört worden sind.

Die größten Erfolge hat das Unternehmertum in Frankreich errungen. Hier ist es ihm geglückt, den Achtstundentag gütenteils zu vernichten und die Löhne beträchtlich zu kürzen. Der Sieg wird erst ganz verständlich, wenn man die zahlenmäßige und moralische Schwächung der französischen Gewerkschaftsbewegung kennt. Bei ihr ging, wie alle Welt weiß, durch den von Moskau betriebenen Kampf um die „Einheitsfront“ die Einheit zum Kauf. Von den einst 2 1/2 Millionen Mitgliedern des Generalstreikbundes (GAT) sehen heute keine 700 000 mehr in den Mitgliederlisten, in dem kommunistischen Gewerkschaftsbund sollen 300 000 vorhanden sein. Diese Angaben scheinen eher zu günstig. Dem Metallarbeiterverband sind von seinen 800 000 Mitgliedern nur 20 000 treu geblieben; ihm hat also der Kampf um die „Einheitsfront“ nahezu das Dasein gelöst.

Das französische Gesetz über den Achtstundentag datiert vom 23. April 1919, ist demnach älter als die gleichartige Entscheidung der Washingtoner Konferenz. Es bestimmt, daß die öffentliche Verwaltung, die die Art der Anwendung des Achtstundentags oder der 48stündigen Arbeitswoche anordnen soll, verpflichtet sei, die Bestimmungen des Gesetzes zu ändern, wenn sie in Widerspruch mit den Bestimmungen internationaler Abmachungen kommen sollten. Sonach hätte die Regierung die nach der Konferenz von Washington notwendigen Änderungen von sich aus oder auf Verlangen von interessierten Organisationen der Unternehmer oder der Arbeiter treffen müssen. Die Regierung blieb stumm, die Unternehmerverbände dagegen und die Arbeiter hatten den Kampf um die „Einheitsfront“ auszufochten, der Kämpfe, Hülse und Zungen dermaßen in Anspruch nahm, daß keine Möglichkeit blieb, sich um die Sicherung des mit so vielen Opfern erzwungenen Achtstundentags zu kümmern. Durch den Widerstreit gerissen, geschwächt, entmutigt, unterliegen es die Gewerkschaften sogar, sich für das Wenige einzusetzen, was ihnen das Gesetz von 1919 gegeben hatte. Diese Gleichgültigkeit oder Hilflosigkeit kam der Regierung vorzüglich zu nützen, die von der Gnade des nationalen Votums lebt, in welchem die Großindustriellen das ausschlaggebende Wort führen. Die von industriellen Silberlingen ausgehaltene Presse tat ihr Möglichstes, die öffentliche Meinung gegen den Achtstundentag zu stimmen. Ihr täglicher Refrain war und ist: Wir müssen länger als 8 Stunden arbeiten, um Frankreich von seiner Wirtschaftskrise und Gebot zu befreien. Diese Stimmungsmache trug ihre Früchte. Vor einiger Zeit glaubte die Regierung den Boden genügend vorbereitet zu einem Schlag gegen den Achtstundentag. Sie erließ zwei Dekrete, wodurch der Achtstundentag in der Marine und auf den Eisenbahnen beseitigt wurde.

Wie steht es nun um die achtstündige Arbeitszeit in der Metallindustrie? Als allgemeine Regel kann gelten: In dem Betrieb, Ort oder Bezirk, wo noch eine halbwegs organisierte und machbare Gruppe erhalten werden konnte, ist der Achtstundentag noch in Kraft, auch ist da der Lohn über den Durchschnitt, dort aber, wo die Gewerkschaft zerfallen ist, bestimmt der Unternehmer nach eigenem Gutdünken die Länge des Arbeitstages. Zur Erhaltung dieser Regel seien einige Beispiele angeführt:

In dem Riesenwerk von Renault in Billancourt bei Paris, dessen 20 000 Arbeiter Flugzeuge, Autos und Fluglokomotiven herstellen, ist der Achtstundentag in der Regel in Anwendung, nur bei eiligen Bestellungen wird länger geschafft. Auch sind hier die Löhne, verglichen mit den anderen Werken, noch recht hoch zu nennen. Der Stundenlohn der gelehrten Leute schwankt zwischen 3,10 und 3,60 Fr., die im Heillohn schöpfenden Formen kommen sogar auf 4,50 und 4,75 Fr. Niemand ist gezwungen, über den Achtstundentag hinaus zu arbeiten; es wird pünktlich eingehalten, da verkäufte Arbeitszeit nachgeholt werden muß, andererseits kann auch jede Aberschunde abgelehnt werden. Die Gewerkschaft ist bei Renault sozialagen unbekannt. Wenn trotzdem die Verhältnisse nicht schlecht genannt werden können, so ist dies auf die große Knappheit an gelehrten Leuten sowie auf die hohe Beweglichkeit der Pariser Arbeiter zurückzuführen.

In Sempy, Departement Doubs, hat sich die Metallarbeitergewerkschaft gut erhalten, infolgedessen wird dort der Achtstundentag streng eingehalten. Doch kommen in diesem Ort bloß 3000 Mann in Betracht. Auch in einer anderen Industriestadt der Gegend, in Nevers, sind noch 3000 Mann in den gewerkschaftlichen Listen, 1000 beim alten Verband und 2000 bei der kommunistischen Organisation. Doch will diese organisatorische Stärke wenig besagen, da die Löhne von Metallarbeitern sich gegenseitig befehlen. Die Unternehmer haben den proletarischen Brudergeist für eine Verminderung des Stundenlohnes auf 2,40 Fr. und für die Abschaffung des Achtstundentags ausgenutzt. Früher wurde die ersten fünf Wochentage 9 Stunden geschafft und am Samstag mittag Schluss gemacht, jetzt nun wird Tag für Tag neun Stunden gearbeitet. Um einer Wiedervereinigung der Arbeiter vorzubeugen, haben die Fabrikanten eine Kasse für Zulagen für Familienväter eingerichtet, die für das erste Kind 15, für das zweite 45, für das dritte 75 Fr. im Monat zahlt, weiter einen täglichen Teuerungszuschuß von 2,40 Fr. Daneben gibt es noch Prämien, die sich auf 6 bis 8 Fr. den Tag belaufen können. Für die aus den vier Ecken der Windrose herbeigeschafften Leute sind Wohnhäuser eingerichtet, deren Miete, 400 bis 600 Fr. monatlich, vom Lohne ab-

gezogen wird. Der aus den Werken ausschleibt, hat binnen 24 Stunden den Ort zu verlassen. Creusot ist das französische Essen. Fast die ganze Bevölkerung hängt von dem Besitzer der weltbekannten Waffenfabrik v. Schneider ab, besonders seit der Entlassung von zahlreichen Arbeitern hat blasse Furcht die Belegschaft erfasst. Die Löhne sind niedriger als wo anders, dafür aber wird patriarchalische Wohlthätigkeit über Art betrieben. Der Achtstundentag besteht nur noch als dunkle Erinnerung. Die Wütigeren unter der Belegschaft wandern ab, an ihre Stelle treten Polen, Chinesen, Rabbinen, Syditen und ähnliche Zeitgenossen, die in die Kasernen der jetzt im Rheinland lebenden Soldaten eingepfercht werden. Da die Fremdlinge sich wohl zur Ausbeutung vorzüglich eignen, aber nicht zu hochwertiger Arbeit, wird die Umgebung nach gelehrten Leuten abgesehen und billige Fahrgelegenheit für sie beschafft.

Wie in Creusot, so hat man auch in Caen (Normandie) die Löhne der Belegschaft mit Fremdlingen, mit Russen, Italienern, Marokkanern und Spaniern auszufüllen versucht. Ja selbst ein Soldatenlager ist hier vorhanden, das von ehemaligen Soldaten der Armee Wrangels bevölkert ist. Die Landstrolähe sind scharenweise angeworben und hergeschafft worden. Unter solchen Umständen wird es kaum wundernehmen, daß die Gewerkschaft keinen Lebensodem mehr hat und die ihr noch treuen Kollegen sich still verhalten und mit argem Mißtrauen erfüllt sind. Während der letzten zwei Jahre sind die Löhne sprunghaft erhöht worden, inmierhin wird (schwerlich) ein Arbeiter weniger als 14 Fr. den Tag haben. Selbst die braunen Söhne Afrikas erreichen diesen Satz dank der Zuzuhilfenahme, die einen monatlichen Zuschlag von 20 Fr. für die Ehefrau, 15 Fr. für das erste und 10 Fr. für jedes weitere Kind gewährt. Da in drei Schichten gearbeitet wird, ist der Achtstundentag noch ziemlich in Kraft, einige Gruppen indes schaffen zuweilen 16 Stunden. Für das an metallindustriellen Unternehmen sehr reiche Norddepartement genügt es, Durchschnittszahlen anzugeben, da dort die Löhne ziemlich gleichartig sind. Der Stundenlohn beträgt im großen und ganzen für gelehrte Leute 2,25 bis 2,50 Fr., für Ungerlehrte 2,25 Fr., für Tagelöhner 1,80 bis 1,95 Fr. Dazu kommt eine für alle gleich hohe Teuerungszulage von 0,60 Fr. die Stunde. Da das Verämsensystem in Brauch ist, kann der gelehrte Mann auf einen Stundenverdienst von 3,50 Fr., der ungelehrte auf 3,25 Fr. kommen. Auch hier ist eine Kasse für Familienväter, die 0,50 Fr. je Tag und Kind zahlt. Der Achtstundentag, hier noch einmengen eingehalten, ist ununterbrochenen Angriffen ausgesetzt. Das gesetzliche Recht, bei dringenden Aufträgen bis zu 150 Überstunden im Jahre machen zu dürfen, wird von den Unternehmern weidlich ausgenutzt. Und die Gewerkschaftler, in zwei feindliche Lager gespalten, müssen den Bruderstreit pflegen, so daß keine Zeit oder Lust vorhanden ist, die grobe soziale Reform zu schützen.

Die staatliche Waffenfabrik in St. Etienne beschäftigt anstatt 14 000 nur noch 3000 Mann. In der industriereichen Umgebung ist es mit dem Geschäftsgang gleichfalls nicht zum besten gestellt. Den trüben Stand der Dinge haben die Fabrikanten zum Lohnabbau benutzt. Der Achtstundentag hat seinen Charakter erhalten. Regelmäßig, von der St. Etienneer Mitgliedschaft des Metallarbeiterverbandes, die 35 000 zählt, sind kaum noch 250 beisammen.

Wie in Creusot, so hat man auch in Caen (Normandie) die Löhne der Belegschaft mit Fremdlingen, mit Russen, Italienern, Marokkanern und Spaniern auszufüllen versucht. Ja selbst ein Soldatenlager ist hier vorhanden, das von ehemaligen Soldaten der Armee Wrangels bevölkert ist. Die Landstrolähe sind scharenweise angeworben und hergeschafft worden. Unter solchen Umständen wird es kaum wundernehmen, daß die Gewerkschaft keinen Lebensodem mehr hat und die ihr noch treuen Kollegen sich still verhalten und mit argem Mißtrauen erfüllt sind. Während der letzten zwei Jahre sind die Löhne sprunghaft erhöht worden, inmierhin wird (schwerlich) ein Arbeiter weniger als 14 Fr. den Tag haben. Selbst die braunen Söhne Afrikas erreichen diesen Satz dank der Zuzuhilfenahme, die einen monatlichen Zuschlag von 20 Fr. für die Ehefrau, 15 Fr. für das erste und 10 Fr. für jedes weitere Kind gewährt. Da in drei Schichten gearbeitet wird, ist der Achtstundentag noch ziemlich in Kraft, einige Gruppen indes schaffen zuweilen 16 Stunden. Für das an metallindustriellen Unternehmen sehr reiche Norddepartement genügt es, Durchschnittszahlen anzugeben, da dort die Löhne ziemlich gleichartig sind. Der Stundenlohn beträgt im großen und ganzen für gelehrte Leute 2,25 bis 2,50 Fr., für Ungerlehrte 2,25 Fr., für Tagelöhner 1,80 bis 1,95 Fr. Dazu kommt eine für alle gleich hohe Teuerungszulage von 0,60 Fr. die Stunde. Da das Verämsensystem in Brauch ist, kann der gelehrte Mann auf einen Stundenverdienst von 3,50 Fr., der ungelehrte auf 3,25 Fr. kommen. Auch hier ist eine Kasse für Familienväter, die 0,50 Fr. je Tag und Kind zahlt. Der Achtstundentag, hier noch einmengen eingehalten, ist ununterbrochenen Angriffen ausgesetzt. Das gesetzliche Recht, bei dringenden Aufträgen bis zu 150 Überstunden im Jahre machen zu dürfen, wird von den Unternehmern weidlich ausgenutzt. Und die Gewerkschaftler, in zwei feindliche Lager gespalten, müssen den Bruderstreit pflegen, so daß keine Zeit oder Lust vorhanden ist, die grobe soziale Reform zu schützen.

Die staatliche Waffenfabrik in St. Etienne beschäftigt anstatt 14 000 nur noch 3000 Mann. In der industriereichen Umgebung ist es mit dem Geschäftsgang gleichfalls nicht zum besten gestellt. Den trüben Stand der Dinge haben die Fabrikanten zum Lohnabbau benutzt. Der Achtstundentag hat seinen Charakter erhalten. Regelmäßig, von der St. Etienneer Mitgliedschaft des Metallarbeiterverbandes, die 35 000 zählt, sind kaum noch 250 beisammen. Mit diesen Beispielen, die das Bild eher zu licht als zu trübe machen, soll es sein Verwenden haben. Sie lassen deutlich erkennen, daß sich die wirtschaftliche Lage der französischen Metallarbeiterklasse im Niedergang befindet und daß der Achtstundentag zwar noch vielerorts besteht, meist aber befristet oder durch zahlreiche Ausnahmen durchbrochen ist. Und dieser beklagenswerte Gang der Dinge ist einzig und allein der heillosen Zerissenheit der französischen Arbeiterbewegung zu verdanken.

Die staatliche Waffenfabrik in St. Etienne beschäftigt anstatt 14 000 nur noch 3000 Mann. In der industriereichen Umgebung ist es mit dem Geschäftsgang gleichfalls nicht zum besten gestellt. Den trüben Stand der Dinge haben die Fabrikanten zum Lohnabbau benutzt. Der Achtstundentag hat seinen Charakter erhalten. Regelmäßig, von der St. Etienneer Mitgliedschaft des Metallarbeiterverbandes, die 35 000 zählt, sind kaum noch 250 beisammen.

Mit diesen Beispielen, die das Bild eher zu licht als zu trübe machen, soll es sein Verwenden haben. Sie lassen deutlich erkennen, daß sich die wirtschaftliche Lage der französischen Metallarbeiterklasse im Niedergang befindet und daß der Achtstundentag zwar noch vielerorts besteht, meist aber befristet oder durch zahlreiche Ausnahmen durchbrochen ist. Und dieser beklagenswerte Gang der Dinge ist einzig und allein der heillosen Zerissenheit der französischen Arbeiterbewegung zu verdanken.

## Gegen die Politik der Brutalität

protestiert die Sozialistische Partei Frankreichs gemeinschaftlich mit dem Allgemeinen Arbeiterverband. Sie erlassen einen Protestaufruf gegen die gegen Deutschland gerichteten Zwangsmaßnahmen. In dem Aufruf heißt es: Alles läßt voraussehen, daß die französische Regierung dem Obersten Rat unter der Bezeichnung „Wander“ Garantien vorschlagen wird, die Hand auf das Industriebeden an der Ruhr zu legen und eine verstärkte Besatzung auf dem linken Rheinufer herbeizuführen. Es ist zu befürchten, daß die französische Regierung, wenn sie keine Einigung mit den Alliierten erzielt, entschlossen ist, schon jetzt die vorbereiteten Sanktionen allein durchzuführen. Getreu der Verpflichtung, die wir auf dem Weltkongreß im Haag übernommen, erklären wir, dieser Politik der Brutalität und der Abenteuer den entrüsteten Protest der Arbeiter entgegenzusetzen. Die beiden Organisationen fordern einen Schiedsspruch durch den Völkerbund.

## Die französischen Kollegen warnen!

Der Französische Metallarbeiterverband teilt uns mit, daß ausländische Metallarbeiter in der Hoffnung nach Frankreich kommen, Arbeit zu finden. Diese Hoffnung erweist sich meistens als trügerisch. Entweder werden die Kollegen gar nicht eingestellt oder nach kurzer Zeit wieder entlassen.

Täglich verlangen solche mittellose Kollegen, die zudem die französische Sprache nicht beherrschen, auf dem Büro des Französischen Metallarbeiterverbandes Unterstützung. Die französische Landesorganisation warnt aufs neue vor Zugang nach Frankreich. Sie macht darauf aufmerksam, daß sie nicht in der Lage ist, die ausländischen Kollegen zu unterstützen.

verdampft, so daß die Explosivität der ganze Sprengluftpatrone verjähmndet und alle die Gefahren, die bei anderen nicht abgekönnert Patronen dauernd bestehen, hier völlig ausschleiben. Noch einen anderen Vorzug weist die Sprengluft auf. Bekanntlich gibt es zwei Arten von Sprengstoffen: die langsam wirkenden vom Typus des Schwarzpulvers, welche durch eine Zündschnur entzündet werden und durch einfache Verbrennung zerfallen, sowie die brisanten von der Art des Dynamits, die durch Detonation von Amalquersilber losgehen und infolge der Ausbreitung der Explosionswelle zerfallen, die eine Ausbreitungsgeschwindigkeit von vielen Tausenden von Metern in der Sekunde besitzt. Nun ist es merkwürdig, daß sich die Sprengluft auf beide Arten verwenden läßt, je nachdem man sie zusammen mit einer Lunte oder mit einer Knallpatrone benützt; sie kann also je nach Wunsch als brisanter Sprengstoff (Dynamit) oder als relativ langsam wirkender (Wundermittel) Anwendung finden. Die Sprengluft übersteigt, auf gleiches Gewicht bezogen, noch die Wirkung der Sprengelatine. Die allergrößte Sprengwirkung, die alles bisherige noch in den Schatten stellen würde, ließe sich erzielen, wenn man statt des Kohlenstoffträgers verflüssigten Wasserstoff mit der Sprengluft mischen würde. Ein solcher Sprengstoff ist jedoch wegen der Schwierigkeit der Herstellung einmengen größerer Mengen flüssigen Wasserstoffs bisher noch nie verwirklicht worden.

Die radioaktiven Stoffe sind auf der Erde viel weiter verbreitet, als man anfänglich annahm; heute weiß man, daß die meisten Erdschichten viele Mineralien, Erze, Mineralwässer, auch manche Gase und die Luftschichten Radioaktivität aufweisen. Durch besondere Meßinstrumente (Elektronen) läßt sich leicht feststellen, ob irgend ein vorgetestetes Präparat überhaupt Radiumstrahlen ausstrahlt, auch die Stärke dieser Strahlung kann genau ermittelt werden. In der Regel sind es staatliche Institute, welche die Prüfung solcher Stoffe, die oft bedeutenden Wert besitzen, vornehmen. Beispielsweise hat die deutsche physikalisch-technische Reichsanstalt in ihrer Abteilung für Radioaktivität bisher rund 1500 fast alle Präparate mit einem Gesamtgewicht von etwa 28 Gramm Radiummetall geprüft. Die Frage, inwieweit der dauernde Umgang mit fast radioaktiven Präparaten zu gesundheitlichen Schädigungen führen kann, ist noch nicht genügend beantwortet; es steht jedoch fest, daß die Prüfbeamten häufig über Nervosität und Kopfschmerz zu klagen haben. Gewöhnlich wird das Radiumsalz in ein

enges Röhrchen eingeschmolzen, zum Zwecke des Ausschleibs der elektrischen Ladungen mit einem feinen Platindrath versehen und so in den Handel gebracht. Wirtmer werden bei der Prüfung radioaktiver Stoffe recht eigenartige Erfahrungen gemacht. So berichtete Dr. Wolke auf der Hauptversammlung der Deutschen Röntgenphysiker in Leipzig kürzlich über folgenden interessanten Fall: Ein praktisches, etwa 140 Milligramm Element enthaltendes Präparat war in der üblichen, oben angegebenen Verpackung zur Prüfung eingepackt worden; es wurde sogleich nach dem Empfang in das amtliche Umschloßrohr eingeschmolzen, in eine Pappschachtel eingelegt und in den feuer- und diebstahrsicheren Schrank eingeschlossen, um am nächsten Tage unterzucht zu werden. Als nun am kommenden Morgen der Schrank geöffnet wurde, entströmte diesem eine Wolke von „Gon“ und sehr bald wurde man gemahrt, daß das Präparat aus sich selbst heraus explodiert war. Nun handelt es sich um ein Objekt von sehr hohem Geldwert, das sich völlig in herumliegenden Staub verwanzt hatte. Glücklicherweise war jedoch der Hauptteil der soliden Substanz in der Pappschachtel geblieben und ließ sich aus dieser zusammenheften, während das noch fehlende dadurch gefunden wurde, daß man im Dunsteln den Schrank durch die Epiloxon (stark radioaktiv geworden und strahlend dauernd aus. Wie war es überhaupt möglich, daß das Röhrchen zur Explosion kam? Obwohl die auftretenden elektrischen Spannungen ganz gewaltig sein können, so ist doch nicht anzunehmen, daß sie hinreichen, die Glaswand von 1 mm Stärke zu durchschlagen, vielmehr dürfte die Ursache einem Feuchtigkeitsgehalt des Röhrchens zuzuschreiben sein. Unter dem Einfluß der sehr starken Strahlung entstand Amalgas, das höchstwahrscheinlich durch einen Keimen, an der Glaswand auftretenden Kleinfunkeln zur Entzündung kam.

# Erfahrungen mit der gleitenden Lohnskala

Es ist eine Tatsache, daß die Hauptarbeit der Gewerkschaften in den letzten Jahren nicht mehr darin besteht, reale Verbesserungen der Löhne herbeizuführen, sondern daß es sich immer nur darum handeln konnte, die Lohnerhöhungen herauszuholen, die durch eine vorangegangene Teuerung notwendig geworden waren. Die fürchtbar beweglichen wirtschaftlichen Verhältnisse führen dazu, daß eine neue Lohnbewegung eingeleitet werden muß, noch ehe die vorhergehende richtig zum Abschluß gekommen und der Ausgleich der zuletzt zurückliegende Preiswelle geschaffen ist. Hier, in Brandenburg, verlangten die Unternehmer durch eine selbsttätige Regelung unnötige Verhandlungen zu ersparen. Die Gewerkschaften nahmen zu der Sache Stellung und einigten sich auf das System der gleitenden Lohnskala, nachdem vorher ein den Verhältnissen angepaßter Grundlohnsatz für die Indexzifferaufschläge gefunden war.

Wir arbeiten seit dem 1. April 1922 mit diesem System. Befürdungen konnten mit seiner Einführung eine ungleiche Behandlung der Arbeiterkraft, so daß ohne Rücksicht auf den Familienstand des einzelnen die errechnete Lohnzulage für alle über 21 Jahre alten Arbeiter gleichmäßig erfolgen mußte. Damit war der von uns vertretene Leistungsgrundsatz voll gewahrt und die vollständige Anwendung von Soziallöhnen verhindert. Für die Gruppen unter 21 Jahren wurden Abschläge festgelegt. Für 18 bis 21 Jahre alte Arbeiter wurden 80, für 16 bis 18 Jahre alte Arbeiter 60 und für 14 bis 16 Jahre alte Arbeiter 40 v. H. der Sätze gewährt, die der 21 Jahre alte Arbeiter bekam. Für Arbeiterinnen kommen 70 v. H. der Sätze der Arbeiter in Betracht. Auch für die Wehrlinge wurde eine Regelung getroffen. Sie erhalten im ersten Lehrjahre 10, im zweiten Lehrjahre 15, im dritten Lehrjahre 20 und im vierten Lehrjahre 25 v. H. der Zulage des Vollarbeiters. Wie geben uns notgedrungen mit dieser Regelung zufrieden, weil die damaligen Verhältnisse für uns drücklich so ungünstig waren, daß uns die besonderen Umstände nicht dazu ermutigten, dem gesamten Abkommen durch Streit Widerstand entgegenzusetzen. So kam denn am 14. März 1922 mit den Unternehmern folgende Vereinbarung zustande:

Vom 1. April 1922 ab wird eine Änderung der Teuerungszulagen auf Grund folgenden Verfahrens ermittelt: Es wird ausgegangen von den Teuerungsverhältnissen, die am 15. Februar 1922 bestanden haben, und von einem angenommenen Stundenbrotzuschlagsverdienst von 10 M. Als Grundlage hierfür gelten die Feststellungen der amtlichen Preisfeststellungskommission des hiesigen Magistrats. Am 15. jeden Monats wird eine Prüfung der Teuerungszulagen durch die amtliche Kommission vorgenommen. Wird eine Änderung gegenüber dem Vormonat um mehr als 5 v. H. festgestellt, so erfolgt vom 1. des folgenden Monats ab eine Änderung der Teuerungszulage um soviel Prozent (abgerundet auf volle Prozent von 10 M.), als die Teuerung gegenüber dem Ausgangspunkt (15. Februar) sich geändert hat. Ist die Änderung nur 5 v. H. oder geringer, so erfolgt die Berücksichtigung erst dann, wenn zusammen mit der Teuerung der folgenden Monate sich mehr als 5 v. H. ergeben.

Nach dieser Vereinbarung ist also die gleitende Lohnskala für Brandenburg eingeführt. Diese Abmachung hat eine Änderung erfahren, und zwar dadurch, daß die Feststellungen seit August zweimal im Monat vorgenommen werden und die Lohnveränderungen am 2. und 16. eines jeden Monats eintreten. Wir haben also seit August zweimal im Monat eine Neuregelung der Löhne. Die amtliche Preisfeststellungskommission, die die Teuerungsziffer errechnet, besteht aus einem Magistratsmitglied als Vorsitzenden und je einem Vertreter des Fabrikantenvereins, des ADW-Erbschaftsbesitzer und des Ortsrates des Deutschen Beamtenbundes. Die Vertreter der einzelnen Handel- und Kaufmannsgruppen werden als Gutachter herangezogen und geben der Kommission das festgestellte Zahlenmaterial an die Hand. Die Grundlage für die erstmalige Feststellung war eine Teuerungsziffer von 640 Punkten. Auf dieser Ziffer, die erstmalig von den Gewerkschaften und Unternehmern gemeinsam errechnet worden ist, beruhen alle Rechnungen seit dem 15. Februar. Für alle Berechnungen wird eine Familie angenommen, die aus dem Mann, Frau, einem neunjährigen Jungen und einem dreijährigen Mädchen besteht. Die Bedarfsgegenstände und Lebensmittel, die diese Familie gebraucht, sind maßgebend für die Indexzifferberechnung. In einer Liste, die sich in fünf Abteilungen gliedert, sind die einzelnen Gebiete des Haushaltes aufgeführt. Es kommen in Betracht: a) Lebensmittel, b) Miete, Heizung, Beleuchtung usw., c) Wäsche, d) Haushaltsgegenstände, e) Kleidung. Jede Abteilung ist ein Gebiet für sich. Alle Gegenstände, die eine Familie zum Haushalt gebraucht, ferner der Wochenbedarf an Lebensmitteln oder der auf eine Woche entfallende Bedarf an Wäsche, Kleidung, Haushaltsgegenständen, Miete, Heizung usw. sind genau in Spalten gegliedert. Insgesamt wurden die Preise für 129 Gegenstände ermittelt. Im allgemeinen ist der Wochenbedarf nach Gewicht oder Stück errechnet. Bei einigen Abteilungen sind für die einzelnen Bedarfsgegenstände, wie Wäsche, Kleidung, Haushaltsgegenstände, eine bestimmte Zeit bis zur Erneuerung oder bis zum Verschleiß des Gegenstandes zugrunde gelegt. Daraus wird der Wochenbedarf errechnet. Ein Gegenstand, der beispielsweise die Lebensdauer von einem Jahr hat, wird mit einem Dreiehschritt für die Woche in Betrag gebracht. Auf diese Weise war für jeden Gegenstand sehr leicht der für eine Woche zu erreichende Bedarf und Betrag ermittelt.

Bei der Berechnung der Teuerungsziffer wird an der Hand der von den kaufmännischen Vertretern angegebenen Preise und unter Annahme der ein für allemal feststehenden Unterlagen der Bodenpreis berechnet. Die so errechnete Gesamtwarensumme wird mit der am 15. Februar festgestellten Summe verglichen. Aus der Gegenüberstellung ergibt sich der Hundertsatz für die Berechnung der Zulage zum Stundenbrotzuschlagsverdienst von 10 M. am 15. Februar. Bei jedem

enges Röhrchen eingeschmolzen, zum Zwecke des Ausschleibs der elektrischen Ladungen mit einem feinen Platindrath versehen und so in den Handel gebracht. Wirtmer werden bei der Prüfung radioaktiver Stoffe recht eigenartige Erfahrungen gemacht. So berichtete Dr. Wolke auf der Hauptversammlung der Deutschen Röntgenphysiker in Leipzig kürzlich über folgenden interessanten Fall: Ein praktisches, etwa 140 Milligramm Element enthaltendes Präparat war in der üblichen, oben angegebenen Verpackung zur Prüfung eingepackt worden; es wurde sogleich nach dem Empfang in das amtliche Umschloßrohr eingeschmolzen, in eine Pappschachtel eingelegt und in den feuer- und diebstahrsicheren Schrank eingeschlossen, um am nächsten Tage unterzucht zu werden. Als nun am kommenden Morgen der Schrank geöffnet wurde, entströmte diesem eine Wolke von „Gon“ und sehr bald wurde man gemahrt, daß das Präparat aus sich selbst heraus explodiert war. Nun handelt es sich um ein Objekt von sehr hohem Geldwert, das sich völlig in herumliegenden Staub verwanzt hatte. Glücklicherweise war jedoch der Hauptteil der soliden Substanz in der Pappschachtel geblieben und ließ sich aus dieser zusammenheften, während das noch fehlende dadurch gefunden wurde, daß man im Dunsteln den Schrank durch die Epiloxon (stark radioaktiv geworden und strahlend dauernd aus. Wie war es überhaupt möglich, daß das Röhrchen zur Explosion kam? Obwohl die auftretenden elektrischen Spannungen ganz gewaltig sein können, so ist doch nicht anzunehmen, daß sie hinreichen, die Glaswand von 1 mm Stärke zu durchschlagen, vielmehr dürfte die Ursache einem Feuchtigkeitsgehalt des Röhrchens zuzuschreiben sein. Unter dem Einfluß der sehr starken Strahlung entstand Amalgas, das höchstwahrscheinlich durch einen Keimen, an der Glaswand auftretenden Kleinfunkeln zur Entzündung kam.

enges Röhrchen eingeschmolzen, zum Zwecke des Ausschleibs der elektrischen Ladungen mit einem feinen Platindrath versehen und so in den Handel gebracht. Wirtmer werden bei der Prüfung radioaktiver Stoffe recht eigenartige Erfahrungen gemacht. So berichtete Dr. Wolke auf der Hauptversammlung der Deutschen Röntgenphysiker in Leipzig kürzlich über folgenden interessanten Fall: Ein praktisches, etwa 140 Milligramm Element enthaltendes Präparat war in der üblichen, oben angegebenen Verpackung zur Prüfung eingepackt worden; es wurde sogleich nach dem Empfang in das amtliche Umschloßrohr eingeschmolzen, in eine Pappschachtel eingelegt und in den feuer- und diebstahrsicheren Schrank eingeschlossen, um am nächsten Tage unterzucht zu werden. Als nun am kommenden Morgen der Schrank geöffnet wurde, entströmte diesem eine Wolke von „Gon“ und sehr bald wurde man gemahrt, daß das Präparat aus sich selbst heraus explodiert war. Nun handelt es sich um ein Objekt von sehr hohem Geldwert, das sich völlig in herumliegenden Staub verwanzt hatte. Glücklicherweise war jedoch der Hauptteil der soliden Substanz in der Pappschachtel geblieben und ließ sich aus dieser zusammenheften, während das noch fehlende dadurch gefunden wurde, daß man im Dunsteln den Schrank durch die Epiloxon (stark radioaktiv geworden und strahlend dauernd aus. Wie war es überhaupt möglich, daß das Röhrchen zur Explosion kam? Obwohl die auftretenden elektrischen Spannungen ganz gewaltig sein können, so ist doch nicht anzunehmen, daß sie hinreichen, die Glaswand von 1 mm Stärke zu durchschlagen, vielmehr dürfte die Ursache einem Feuchtigkeitsgehalt des Röhrchens zuzuschreiben sein. Unter dem Einfluß der sehr starken Strahlung entstand Amalgas, das höchstwahrscheinlich durch einen Keimen, an der Glaswand auftretenden Kleinfunkeln zur Entzündung kam.

